

Musterartikel «JA zur No Billag Initiative»

JA zur No Billag Initiative

Willkürliche Steuern und Abgaben für Private und Unternehmen abschaffen

Ab 2019 müssen alle Bürgerinnen und Bürger eine Mediensteuer bezahlen. Diese Steuer ist willkürlich und ungerechtfertigt. Denn mussten früher nur diejenigen eine Gebühr bezahlen, die die Programme der SRG nutzen, gilt neu ein Zwangs-Generalabonnement für alle. Unternehmerinnen und Unternehmer, die mehr als 500'000 Franken Umsatz machen, zahlen sogar doppelt. Ein JA zur No Billag Initiative schafft diese ungerechten und willkürlichen Steuern ab.

Mit dem neuen Radio- und Fernsehgesetz werden auch die Unternehmen ab einem Umsatz von 500'000 Franken die neue Billag-Mediensteuer zwingend entrichten müssen. Dies obwohl die Unternehmerinnen und Unternehmer wie auch die Mitarbeitenden als Einzelpersonen alle schon die Mediensteuer bezahlen. Die Medienministerin und die SRG interessiert es auch nicht, dass die Mitarbeitenden in den Unternehmen arbeiten müssen und sicher nicht TV schauen können. Es geht bei der Mediensteuer einzig darum, eine neue Geldquelle zu erschliessen, um von den Unternehmen und den Privatpersonen noch mehr abzukassieren. Diese Doppelbesteuerung ist völlig ungerechtfertigt. Mit einem JA zur No Billag Initiative wird diese Mediensteuer abgeschafft.

Über 90 Prozent der jährlich insgesamt rund 1,35 Milliarden Franken Mediensteuer, nämlich 1,235 Milliarden Franken aus der Mediensteuer fliessen an die SRG. Diese wird dadurch faktisch zur Monopolistin auf dem Radio- und Fernsehmarkt. Die Belastung der Unternehmen beträgt ab einem Umsatz von 500'000 Franken zwischen CHF 365.00 und CHF 39'530.00 Franken pro Jahr.

Eine Besteuerung nach Umsatz ist nicht gerecht und völlig willkürlich. Dieses System entlarvt, dass es nicht um eine gerechtfertigte Besteuerung, sondern einzig ums Abkassieren bei einer weiteren Einnahmequelle geht. Umsatzstarke Unternehmen mit kleinen Margen wie z.B. Getreidehändler oder Goldschmiede werden durch das neue System besonders hart bestraft. Die teilweise sehr kleinen Unternehmen müssen sehr hohe Umsätze erzielen bei geringen Gewinnen, um überhaupt existieren zu können. Bei den Unternehmen des Getreidehandels beispielsweise handelt es sich um KMU, welche mit kleinen Margen einen grossen Umsatz von 5 bis 10 Millionen Franken pro Mitarbeiter und Jahr erwirtschaften. Die Branche hat ermittelt, dass ihre Mitglieder in Zukunft zwischen 0,5 und 2 Lohnprozente allein für die Billag-Mediensteuer werden aufbringen müssen.

Die Wirtschaft soll neu jährlich gegen 200 Millionen an die Finanzierung der SRG beitragen. Das ist vier bis fünf Mal mehr als die Billag noch 2012 bei den Firmen eingezogen hat. Der Daseinszweck von Unternehmen ist nicht der, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Arbeitstag mit TV- oder Radiokonsum verbringen. Teilweise sind Unternehmen auch dazu übergegangen, den Konsum von Medien am Arbeitsplatz ganz zu verbieten und TV-Portale, YouTube und Internetzugänge ganz zu sperren. In anderen Unternehmen können Mitarbeitende aufgrund von Tätigkeiten bei Lärm oder Schutzhvorschriften (Tragepflichten von Helm und Gehörschutz) gar nicht Radio hören, geschweige denn fernsehen. Die Arbeitsbedingungen lassen es schlicht nicht zu.

Diese Diskussion wurde 2015 mit der RTVG-Abstimmung geführt. Die Mehrheit der Stände hat damals die RTVG-Revision verworfen. Im Volksmehr kam eine Zufallsmehrheit von rund 3'000 Stimmen für ein JA zustande. Das Bundesgericht hat nachträglich die Abgabe, wie die Mediensteuer von der Medienministerin getauft wurde, klar als Steuer deklariert. Die RTVG-Revision hätte als Einführung einer Steuer eigentlich das Volks- und Ständemehr schaffen müssen. Mit solchen juristischen Winkelzügen hat die Medienministerin die Steuer durchgebracht. Vor der Abstimmung versprach sie eine resultatoffene Diskussion um Inhalt und Umfang des Service public. Dieses Versprechen hat sie nicht nur nicht eingelöst sondern sämtliche Veränderungen und Diskussionen aus dem Parlament aktiv blockiert. Ändern lässt sich dies mit einem JA zu No Billag. Denn mit einem JA ist diese willkürliche Doppelbesteuerung vom Tisch.